

4. Sitzung Leg.-Periode 2011/2016

Homberg, den 29. September 2011

Beginn: 19:00 Uhr

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am 29. September 2011

in der Stadthalle, Ziegenhainer Straße 19, 34576 Homberg (Efze)

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Martin Wagner an der Spitze, die Zuhörer, Frau Lange-Michael von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen und Herrn Pfeil vom Homberger Anzeiger.

Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung werden nicht erhoben. Herr Marx stellt fest, dass zur Zeit 30 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter 9 Stadtverordnete von der SPD, 9 Stadtverordnete von der CDU, 6 Stadtverordnete von der FWG, 4 Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und 2 Stadtverordnete von der FDP.

Herr Marx stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Nachträglich gratuliert der Stadtverordnetenvorsteher allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die in der Zeit vom 18.08.2011 bis zum 29.09.2011 Geburtstag hatten.

Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Axel Althaus	CDU	Herr Wolfgang Knorr	CDU
Herr Axel Becker	CDU	Herr Günther Koch	FWG
Herr Klaus Bölling	GRÜNE	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Peter Dewald	CDU	Herr Rainer Krannich	CDU
Herr Ulrich Fröhlich-Abrecht	CDU	Herr Klaus-Thilo Kroeschell	CDU
		während TOP 2	
Herr Stefan Gerlach	SPD	Herr Christian Marx	SPD
Herr Dietmar Groß	FWG	Herr Heinz Marx	SPD
Herr Dietrich Habbishaw	GRÜNE	Frau Sandra Melchior	SPD
Herr Jörg Hassenpflug	CDU	Herr Manfred Ripke	FDP
Herr Sascha Henschke-Meyl	FWG	Herr Delf Schnappauf	GRÜNE
Herr Bernd Herbold	SPD	Herr Eckbert Siebert	FWG
Herr Thomas Hoffmann	FWG	Herr Michael Spork	CDU
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Frau Claudia Ulrich	CDU
Herr Achim Jäger	FWG	Frau Barbara von Gimborn	SPD
Frau Ursula Jungermann	SPD	Frau Karin Wilhelm	SPD
Herr Holger Jütte	FDP		

Anwesend vom Magistrat:

Herr Bürgermeister Martin Wagner
Herr Erster Stadtrat Gerhard Fröde
Herr Stadtrat Joachim Eisenberg
Herr Stadtrat Heinrich Engelhardt
Frau Stadträtin Christa Gerlach
Herr Stadtrat Hartmut Höhle

Herr Stadtrat Jürgen Kreuzberg
Herr Stadtrat Volker Koch
Herr Stadtrat Jürgen Monstadt
Frau Stadträtin Ulrike Otto
Herr Stadtrat Karl Weiß

Zuhörer: 22

T A G E S O R D N U N G

1. **Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Februar 2011**
2. **Information über den Sachstand Konversion Dörnberg- und Ostpreußenkaserne**
3. **Aufstellung einer Änderung Nr. 134 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Holzhausen zur Ausweisung einer gemischten Baufläche im Bereich „Kurzweg“;
hier: Aufstellungsbeschluss**
4. **Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 4 für den Stadtteil Holzhausen zur Ausweisung eines Mischgebietes im Bereich „Kurzweg“;
hier: Aufstellungsbeschluss**
5. **Informationen über die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homberg (Efze) für die Kernstadt und die Stadtteile**
 - a) **Über die nächsten Planungsschritte**
 - b) **Vorlage von städteplanerischen Zielen**
6. **Anträge**
 - a) **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 14. September 2011
betr. Frisches Leben in der alten Stadt: Alternativen zum Einkaufszentrum Marktplatz Ost**
 - b) **Antrag der FWG-Fraktion vom 14. September 2011
betr. zeitnahe Veröffentlichung der kompletten Einladungsunterlagen sowie der Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschusssitzungen**

7. Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung
8. Informationen
9. Anfragen
 - a) der FWG-Fraktion vom 14. September 2011
betr. Ergebnis der Prüfung zur Änderung der Parkordnung in der Landgrafenallee
10. Anregungen

VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN

ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:

Zu Punkt 1:

Gegenstand: Information über durch den Magistrat beschlossene Personalangelegenheiten, gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Februar 2011

Herr Bürgermeister Martin Wagner gibt folgende Informationen:

Drei Mitarbeiter sollen baldmöglichst, zunächst befristet für ein Jahr, in Vollzeit, zwei als städtische Arbeiter und einer als Mechaniker, im Baubetriebshof eingestellt werden.

Eine Mitarbeiterin absolviert ein berufsbegleitendes Studium und reduziert für drei Jahre ihre wöchentliche Arbeitszeit von 39 auf 30 Stunden.

Von Seiten des Kreissozialamtes sind für zwei Kinder Integrationsmaßnahmen bewilligt worden. Dafür müssen 50 Zusatzstunden vorgehalten werden. Diese Zusatzstunden sollen auf fünf Erzieherinnen in der Kindertagesstätte Osterbach verteilt werden.

Eine Mitarbeiterin hat bisher 30 Stunden + 4 Integrationsstunden.

Sie erhält jetzt zusätzlich 3 Integrationsstunden und erhöht somit auf insgesamt 37 Stunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.

Eine weitere Mitarbeiterin hat bisher 20 Stunden + 1 Integrationsstunde.

Sie erhält jetzt zusätzlich 4 Integrationsstunden und erhöht somit auf insgesamt 25 Stunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.

Eine Mitarbeiterin, die bisher mit 20 Integrationsstunden beschäftigt ist, erhält jetzt 10 zusätzliche Integrationsstunden, und somit insgesamt 30 Stunden. Die bisherige Entgeltgruppe bleibt bestehen.

Eine Mitarbeiterin erhält einen befristeten Vertrag als Beschäftigte in der Tätigkeit einer Kinderpflegerin mit staatlicher Anerkennung bis zum 31. Juli 2012, mit 30 Stunden.

Eine Mitarbeiterin hat bisher 30 Stunden. Sie erhält jetzt zusätzlich 3 Integrationsstunden und erhöht somit auf insgesamt 33 Stunden.

Alle Zusatzstunden werden befristet bis zum 31. Juli 2012.

Ein Beamtenanwärter wird Ende September seine mündliche Prüfung ablegen und damit die Ausbildung des Inspektorenanwärters abschließen. Er wird mit Wirkung vom 01. Oktober 2011, unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe, zum Inspektor, ernannt.

Eine entsprechende Stelle ist im Stellenplan vorhanden.

Der Personalrat und die Frauenbeauftragte wurden um Stellungnahme gebeten.

Zu Punkt 2:

Gegenstand:

Information über den Sachstand Konversion Dörnberg- und Ostpreußenkaserne

Mittels einer Power-Point-Präsentation informiert Herr Bürgermeister Martin Wagner über den Sachstand. Er stellt, neben der Geschichte, den aktuellen Stand in beiden Kasernen vor.

Zur Verfügung stehen derzeit 35 ha Fläche. Im Gespräch mit der BIMA wurden mehrere Varianten für einen eventuellen Ankauf entwickelt. Diese Varianten kennen die Herren Fraktionsvorsitzenden.

Eine weitere Folie zeigt Flächen mit unterschiedlichen Bebauungsplanfestsetzungen. Dazu nennt er den jeweiligen Verfahrensstand. Dabei spricht er mögliche Flächen für Erneuerbare Energien, beispielsweise Photovoltaik und Einschränkungen infolge Natur- und Vogelschutz an. Im Bereich der Ostpreußenkaserne gibt es eine Interessentengruppe, die im technischen Bereich bis zu 8 ha Fläche erwerben will.

Außerdem liegen Interessenbekundungen einzelner Erwerber für kleinere Teilbereiche in beiden Kasernen vor.

Die ehemalige Panzerwaschanlage könnte als Löschwasserreservoir dienen. Zu erzielende Verkaufserlöse könnten den Kaufpreis decken. In früheren Kaufverträgen, beispielsweise mit dem Kreis und dem Land Hessen, wurden Kostenzuschüsse für Wasser, Abwasser und das Heizsystem aufgenommen. Diese Zuschüsse sind noch nicht gezahlt.

Das vorhandene Abwasserleitungssystem ist auf der nächsten Folie ersichtlich. Die Entwässerung verläuft jeweils von oben nach unten in die Ostpreußenkaserne bzw. in ein Grabensystem Richtung Holzhausen. Die Leitungen in und aus der Ostpreußenkaserne werden in Höhe Raiffeisen zusammengeführt. Dort erfolgt die Übergabe ins öffentliche Netz.

Dann spricht er durchgeführte Leitungsuntersuchungen mittels der Kamera an.

Der Hauptsammler aus der Ostpreußenkaserne umfasst 1,60 Durchmesser. Im sogenannten „Inlinerverfahren“ können und müssen diese großen Querschnitte verringert werden, alle Leitungen zusammen haben etwa 4,5 km Länge. Davon müssen 1,5 bis 1,8 km saniert werden.

Er hat die Hoffnung, dass man sich zeitnah in den Fachausschüssen zum Thema beschäftigt, um die Angelegenheit vorantreiben zu können.

Abschließend teilt er mit, dass im Industriegebiet, zwischen den Firmen S.T.a.R. und Bettenwelt, ca. 15 ha Flächen in / als Industriegebiet vorhanden, aber nicht verfügbar sind. Für diesen Bereich wurden langfristige Pachtverträge abgeschlossen.

Im gemeinsamen Gewerbegebiet Knüllwald beginnen in der kommenden Woche vorbereitende Arbeiten für die Ansiedlung des Logistikunternehmens ELVIS.

Danach teilt der Stadtverordnetenvorsteher mit, dass 31 Stadtverordnete anwesend sind.

Zu Punkt 3:

Gegenstand:

Aufstellung einer Änderung Nr. 134 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Holzhausen zur Ausweisung einer gemischten Baufläche im Bereich „Kurzweg“;

hier: Aufstellungsbeschluss

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen.

Die Empfehlung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses trägt Herr Ausschussvorsitzender Groß vor.

Her Schnappauf meint, die Stadtverordnetenversammlung habe die Planungshoheit bei Bauvorhaben und müsse diese verantwortlich ausüben.

Er spricht mögliche Lärmemissionen, die vom Bauvorhaben ausgehen, an.

Weiterhin vermisst er eine Gesamtplanung für die komplette Stadt. Den jetzigen Sachverhalt im Stadtteil Holzhausen bezeichnet er als Gefälligkeit. Er fragt, ob der Betrieb nicht ein leerstehendes Gebäude nutzen kann.

Abschließend fordert er das Parlament auf, in diesem Bereich umzudenken.

Herr Knorr empfiehlt seinem Vorredner, sich mit dem Bauherren zu unterhalten, um erfahren zu können, was dieser vorhat.

Er selbst hat keine Bedenken.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Aufstellungsbeschluss für eine Änderung Nr. 134 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Holzhausen zur Ausweisung einer gemischten Baufläche im Bereich „Kurzweg“.

Abstimmung:

Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 29 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

Zu Punkt 4:

Gegenstand:

**Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 4 für den Stadtteil Holzhausen zur Ausweisung eines Mischgebietes im Bereich „Kurzweg“;
hier: Aufstellungsbeschluss**

Die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses wird von der Ausschussvorsitzenden, Frau Wilhelm, vorgetragen. Herr Ausschussvorsitzender Groß trägt die Empfehlung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan Nr. 4 für den Stadtteil Holzhausen zur Ausweisung eines Mischgebietes im Bereich „Kurzweg“.

Abstimmung:

Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 29 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

Zu Punkt 5:

Gegenstand:

**Informationen über die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Kreisstadt Homberg (Efze) für die Kernstadt und die Stadtteile
a) Über die nächsten Planungsschritte
b) Vorlage von städteplanerischen Zielen**

Der Bürgermeister teilt mit, dass der letzte Gesamtfächennutzungsplan für das gesamte Stadtgebiet 1974 aufgestellt wurde. Nach den Vorschriften soll dieses alle 20 Jahre wiederholt werden. Mittlerweile sind wir bei der 147. Änderung des Flächennutzungsplanes angekommen.

Dann geht er auf die umfangreichen Erläuterungen in den Einladungsunterlagen zum Thema ein, die er auszugswise anspricht.

Zu Punkt 6:

Gegenstand:

Anträge

**a) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 14. September 2011
betr. Frisches Leben in der alten Stadt: Alternativen zum Einkaufszentrum Marktplatz Ost**

**b) Antrag der FWG-Fraktion vom 14. September 2011
betr. zeitnahe Veröffentlichung der kompletten Einladungsunterlagen sowie der Niederschriften der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschusssitzungen**

- a) Herr Fraktionsvorsitzender Bölling begründet.
Zum Abschluss seiner Begründung verweist er auf ein Papier seiner Fraktion „Frisches Leben in der alten Stadt: Alternativen zum Einkaufszentrum Marktplatz Ost“, das auf der Homepage der Partei eingesehen werden kann.

Laut Herrn Fraktionsvorsitzenden Gerlach sieht die SPD-Fraktion den Sachverhalt überwiegend wie die Fraktion der Grünen. Man sei sich jedoch nur noch nicht einig, wie das Thema politisch gewertet werden müsse. Er möchte die Reaktion des jetzigen Investors abwarten. Dieser soll Gelegenheit haben, Pläne nach Veröffentlichung des Einzelhandelsgutachtens vorzustellen.

Das Parlament müsse neue Strukturen der Stadt bestimmen, dabei auch geändertes Kaufverhalten, z.B. Einkäufe im Internet, beachten. Er glaubt, kleinteilige Strukturen seien flexibler als größere Geschäfte, trotzdem wäre ein Frequenzbringer erforderlich. Dies könne jedoch ein Ärztehaus, etwas Kulturelles oder touristische Attraktionen sein.

Die künftige Entwicklung des Einzelhandels sei für die Stadt existenziell, man werde darüber nicht parteipolitisch streiten. Der Sachverhalt gehöre in die Fachausschüsse, damit Homberg zukunftsfähig bleiben könne. Die SPD befindet sich noch in einer Orientierungsphase und sei gespannt auf die Berichte der Investoren. Danach möchte seine Fraktion die Möglichkeit des Handelns in den Ausschüssen, zusammen mit den Bürgerinnen

und Bürgern, erörtern.

Die Stadtverordnetenversammlung habe am 16. März dieses Jahres mit großer Mehrheit den Startschuss zur Prüfung des Einkaufszentrums am Marktplatz gegeben, erinnert Herr Fraktionsvorsitzender Dewald.

Das Einkaufszentrum selbst und ergänzende Sortimenten anderer Geschäfte könnten eine erhöhte Kundenfrequenz ermöglichen.

Gleichzeitig kann damit eine Bestandssicherung der Fachwerkgebäude erfolgen. Ausreichende Parkplätze könnten eine weitere Belebung für die Innenstadt bedeuten. Wichtig sei natürlich, die notwendige Besonnenheit zu bewahren.

Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sei unerlässlich. Selbstdarstellungen Einzelner sollten vermieden werden.

Das für Oktober geplante Gespräch mit dem möglichen Investor sei wichtig. Die CDU-Fraktion spricht sich für eine Weiterführung der Planung aus.

Herr Fraktionsvorsitzender Ripke teilt mit, dass er in Gewissenskonflikte beim Thema kommt. In der Vergangenheit habe man schon viel Geld in die Stadt investiert, um Magnete zu schaffen. Leider verfügt Homberg über keine großen Freifläche, um ein Einkaufszentrum zu verwirklichen. Daher gäbe es die Idee, den Marktplatz Ost zu beplanen. Ein solches Vorhaben ginge natürlich nicht ohne Schmerzen für die Betroffenen. Man solle hier genau überlegen und prüfen, bevor man entscheide. Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN könne dabei hilfreich sein.

Allerdings meint auch er, zunächst Verhandlungen mit den Investoren abzuwarten.

Er persönlich glaubt, dass die Umsetzung des Vorschlags der Grünen nur mit ausreichenden Parkplätzen möglich sei.

Nach Herrn Groß ist es wichtig, jetzt auch in der Stadtverordnetenversammlung über das Thema zu diskutieren, nicht nur an den Stammtischen. Dass ein Magnet geschaffen werden müsse, sei unstrittig, doch müsse das Parlament die Einzelheiten bestimmen. 7.000 m² Verkaufsfläche seien

zu viel. Man müsse in den Ausschüssen und im Parlament ein Leitbild für den Marktplatzbereich erarbeiten und empfiehlt, den Antrag der Grünen in den Fachausschüssen beraten zu lassen.

Herr Bölling glaubt, es bestehe wohl noch Diskussionsbedarf, um keine anderen Entwicklungen in der Innenstadt zu blockieren. Ein Magnet könne nur für die gesamte Innenstadt geschaffen werden. Dafür seien natürlich auch Parkplätze erforderlich. Seine Fraktion möchte auf alle Fälle beschließen lassen, dass keine weiteren Gutachten in Auftrag gegeben werden.

Er stellt den Abänderungsantrag, verschiedene Sätze im Antrag zu streichen bzw. umzuformulieren.

Das Einkaufszentrum sei kein Wolkenkuckucksheim, sondern diene der Steigerung der Attraktivität der Stadt, stellt Herr Bürgermeister Martin Wagner fest. Sein 1. Vorstoß am Beginn der ersten Amtszeit war zu teuer. Seitdem seien mehrere Schließungen von Geschäften erfolgt. Durch die Schaffung der Parkplätze in der Wallstraße und am Gelände der Kreissparkasse sei eine deutlich erhöhte Kundenfrequenz im Bereich der Drehscheibe / Ziegenhainer Straße eingetreten. Leider gibt es immer mehr Leerstände in der hinteren Untergasse und am Marktplatz, weil Kunden fehlen. Die Stadt hätte das Problem, dass keine Freiflächen zur Verfügung stehen und auch nicht beispielsweise am Schlossberg oder am Stadtpark geschaffen werden können.

Dass das Einkaufszentrum als Maßnahme auf der Prioritätenliste im Landesprogramm Stadtbau West auf Platz 1 steht, bedeutet nicht die Abschaffung der anderen Maßnahmen aus dem Programm. Er erinnert daran, dass bis jetzt alle Schritte für die Planung gemeinsam erfolgt sind. Die Erfahrungen zeigen, dass solche großen Vorhaben mehrere Jahre dauern. Ziel sein ein attraktives Einkaufszentrum mit zahlreichen Fachgeschäften im Herzen der Stadt. Es lägen Interessenbekundungen von Fachgeschäften für die Fläche von rund 7.000 m² vor. Die Ansiedlung von Ärzten gestalte sich ebenfalls nicht einfach, sei jedoch sehr wünschenswert. Er bittet, speziell Punkt 3 aus dem Antrag der Grünen nicht umzu-

setzen.

Allen Investoren, gleich wofür, seien herzlich willkommen, um Leben in die Altstadt zu bringen. Das Parlament trägt eine Verantwortung, damit nicht noch mehr Leerstände in Geschäften und Wohnungen zu beklagen seien.

Auf Antrag Herrn Dewalds unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung stellt Herr Bölling folgenden Änderungsantrag:

“1. Der Antrag wird an die Ausschüsse für Bau, Planung, Umwelt und Energie sowie Stadtmarketing und Kultur verwiesen.

2. Bis zu einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die weiteren Planungen werden keine weiteren Gutachten in Auftrag gegeben, ggf. vergebene Aufträge für Gutachten werden storniert.

Weiterhin werden ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung keine Immobilien erworben und keine projektbezogenen Ausgaben getätigt.“

Herr Bürgermeister Martin Wagner stellt fest, dass allerdings projektbezogene Kosten weiterhin in der Verwaltung anfallen werden.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

b) Herr Fraktionsvorsitzender Jäger begründet.

Herr Gerlach unterstützt den Antrag seitens der SPD-Fraktion, da die Forderungen ein Minimum an Informationen darstellen. Die Bürger sollten über das Internet direkt mit den Sachbearbeitern kommunizieren können. Dazu müsse eine Art „Mängelmelder“ eingerichtet werden. Projekte aller Arten sollten umfassend veröffentlicht werden, damit sich die Bürger dazu im Vorfeld äußern können. In den nächsten Jahren sollten aus Informationen Interaktionen werden, um gerade junge Menschen wieder für Politik zu begeistern.

Herr Bölling meint, der Antrag der FWG sei ein richtiger Schritt der Informationspolitik, damit die Bürger mitreden und Anteil nehmen können.

Die CDU unterstützt ebenfalls den Antrag, teilt Herr Dewald mit, obwohl man glaube, dass auch heute schon vieles öffentlich gemacht werde. Trotzdem müsse man mit der Zeit gehen, auch weil sich die Bevölkerungsstrukturen geändert haben.

Dann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Antrag, der folgenden Wortlaut hat, abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Einladungen mit Tagesordnung und Anlagen bzw. Erläuterungen und die Niederschriften der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschusssitzungen zeitnah auf der Internetseite der Kreisstadt Homberg (Efze) veröffentlicht werden.

Der Magistrat der Kreisstadt Homberg (Efze) ist zu bitten, die Modalitäten der Umsetzung zu bestimmen und die Durchführung der Maßnahme, soweit sie nicht durch städtische Bedienstete erbracht werden kann, kostengünstig zu beauftragen.“

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 7:

Gegenstand: **Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung**

Wird dem Protokoll beigelegt (**Anlage Nr. 1**).

Zu Punkt 8:

Gegenstand: **Informationen**

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass die für den 27. Oktober 2011 geplante Sitzung auf den 10. November 2011 verschoben wird.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Berichte der

Stadtteilagentur und des Stadtentwicklungsvereins den Herren Fraktionsvorsitzenden zugemallt worden sind und dort eingesehen werden können.

Zum Thema Schlaglochprogramm wurde in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten und der Verwaltung vom Magistrat eine entsprechende Liste erstellt und Aufträge erteilt.

Folgende Straßen sind vorgesehen:

Dörnbergweg, Lindenweg, An der Bleiche (Dickershausen), Am Rasen und Dorfkrug (Mühlhausen), Dickershäuser Straße (Lengemannsau), Basthauptweg, Erlebrunnenweg/Hausbrunnenweg, Industriestraße, Ludwig-Erhard-Straße und der Radweg R 14 bei der Schlagmühle bis Sondheim sowie von Wernswig.

Für Samstag, den 22. Oktober 2011, wird eine Informationsfahrt zum Thema Einkaufszentrum angeboten. In Bebra, Eschwege, Leinefelde und Kassel-Wehlheiden können größere Projekte besichtigt werden. Die Bevölkerung wird dann dazu ebenfalls eingeladen.

Zu Punkt 9:

Gegenstand:

Anfragen

a) der FWG-Fraktion vom 14. September 2011

betr. Ergebnis der Prüfung zur Änderung der Parkordnung in der Landgrafenallee

Die Beantwortung der Anfrage durch Herrn Bürgermeister Martin Wagner wird als **Anlage Nr. 2** beigelegt.

Herr Jäger fragt nach, wie lange noch geprüft werde.

Als Verkehrsbehörde teilt der Bürgermeister mit, dass die parkenden Fahrzeuge ein gutes Mittel zur Verkehrsberuhigung seien. Trotzdem will man sich Gedanken machen, eventuell Engstellen künftig einzubauen.

Als Bürgermeister sagt er, man könne den Bebauungsplan ändern, die Grünflächen entfernen und der Straße zuschlagen. Dieses sei jedoch mit Kosten verbunden und würde wohl die Verkehrssicherheit nicht erhöhen. Solche Kosten sind auch nicht auf die Anlieger umlegbar.

Herr Koch spricht den SPD-Antrag zur Änderung der Parkordnung in der Landgrafenallee an.

Der Bürgermeister antwortet dazu, wenn die Fahrzeuge der Anwohner in und auf den Grundstücken abgestellt würden, wären die Straßen freier, aber sicherlich die Geschwindigkeit der fahrenden Fahrzeuge entsprechend höher.

Zu Punkt 10:

Gegenstand:

Anregungen

Herr Spork bittet den Magistrat zu prüfen, ob Besitzer von Fachwerkhäusern bei Renovierungen und Sanierungen von den Sondernutzungsgebühren befreit werden können.

Außerdem bittet er den Magistrat, mit den Betreibern der Biogasanlage zu sprechen, da beinahe täglich und fast rund um die Uhr LKW und Traktoren mit Material durch verschiedene Stadtteile zur Anlage fahren. Dieses müsste auf der B 254 geschehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher um 21:30 Uhr die Sitzung.

G e s c h l o s s e n :

Bottenhorn, Protokollführer

Marx, Stadtverordnetenvorsteher

